



Ercheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Antiliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Nietschmann, Fernrediger nach Berlin und Leipzig. Anichlas Nr. 289.

Insertionspreis für die fünfpaltige Corras-Beile oder deren Raum 12 Wg.

Reclamen vor dem Tagekalender die dreipaltige Zeilzeile oder deren Raum 30 Wg.

Nr. 22

Dienstag, den 27. Januar 1891.

92. Jahrgang.

Heil Kaiser Wilhelm!

Halle, 26. Januar.

Preußen und Deutschland begeben Morgens des Kaisers Geburtstag. Brausend ertönt des Volkes Jubelruf vom Belt bis zum Alpen, von der Weichsel bis zum Rhein, auf allen Meeren und in allen Zonen findet er ein begeistertes Echo, es lebe der Kaiser! Es lebe der Kaiser! Mit diesem Jubelruf erklimmen die Grenadiere des großen Korps Europa, das „vive l'empereur!“, dem wenig byzantinisch das „Allons, enfants de la patrie!“ folgte, erschütterte die Welt, und die Tricolore, dieses Sinnbild der Volkskraft und des Katharismus, flatterte siegreich auf allen Schlachtfeldern. Das war das avo Caesar, das der geniale Napoleon so gerne von seinen Soldaten, von seiner Garde hörte, das ihm den Schlaf versüßte und sein Ohr in den Wahnsinnstempel der erbärmlichen Fragen auf dem Throne der römischen Cäzaren, die sich als Götter verehren ließen, versetzte, so daß sein Ohr für den Nachschrei der blutigen Erde, für den großen Ruf der Sterbenden taub war. Dem avo Caesar, folgte das morituri salutant. Die Sterbenden grüßen Dich, Caesar! Im circus maximus riefen es die todgeweihten Gladiatoren, und vor den Augen eines entarteten Volkes, blutdürstiger Herrscher und wohlwärtiger Frauen, die nach dem nennenswerten Schauspiel legten, lauten die Sterbenden mit klaffender Todeswunde verwendend in den Sand. Und auf den Schlachtfeldern in Afrika, Amerika, Italien, Spanien, Ostreich, in Preußen und in Rußland ertönt das avo Caesar wieder und das morituri salutant! Der Katharismus weckte den Ehrgeiz der Massen, von Sieg zu Sieg eilte er in tosendem Lauf, hinter ihm die siegestrunkenen, ihm zujubelnde Masse der Sterbenden. Vive l'empereur! Und ebenso ergaben, unterwürfig dem Kaiser und kraftbewußt der römischen Gladiatoren letzter Gruß ertönte, so ertönte auch der Gande Verzweiflungsruf, daß sie sterbe, aber sich nicht ergebe. In den Tod folgten den Sterbenden diejenigen, denen ihr Gruß galt, und weggeführt vom Blustrom, den sie freudlich entsefselt, in ihre Herrlichkeit. Unter Kaiser Wilhelms des Siegreichen glorreicher Führung ist das deutsche Volk von Sieg zu Sieg geeilt, die Waffe war uns in die Hand gebracht, der Krieg uns aufzunehmen. Es galt Weis und Ehre und Vaterland zu schützen, es galt, dem frechen Räuber zu wehren. Siegreich sind wir ihm gefolgt, und zu Verailles, wo einst der Sonnenkönig schmelgte, riefen Deutschlands Fürsten und Völker den ersten deutschen Kaiser aus, und die Welt erfüllend mit lauem Schall ertönte aus deutschen Herzen der Ruf: Es lebe der Kaiser! Das morituri salutant verstummte und freudig, gastbewußt, des eigenen Werths überzeugt rief das einige Deutschland: avo, Caesar, viventes salutant! Heil, Kaiser, die Lebenden grüßen Dich! Und wie die deutschen Völker dies dem siegreichen Kaiser zuwiefen, so rufen wir das stolze Wort dem kaiserlichen Entel zu, der zielbewußt im alten Rufe mit neuer Kraft das Steuer führt. Von triebfreundlichem Orange ist das Herz des Kaisers befeuert, er will wahren, was die Väter errungen, und mehrten das Bürgerglück seiner Unterthanen. Das walle Gott! Eine große und furchtbare Aufgabe hat Kaiser Wilhelm II. sich gestellt. Er will den Lebenden ohne Unterchied der Klassen zum Heil gereichen, laut hat er es verkündet, wie er verkündet hat, daß Friedenluft die Lebensluft der Höhergestellten ist. Dem kaiserlichen Worte folgte die kaiserliche That, dem Reformgedanken die Reformarbeit. Die Lebenden sind dankbar, und wenn die Geschichte in fernem Zeiten verkündet, daß es einst Cäzaren gab, denen die Sterbenden das: avo, Caesar, morituri salutant zuriefen, so wird sie auch verkünden, daß dem Friedenskaiser die Lebenden huldigten.

Heil Kaiser Wilhelm!

Die italienische Verwaltungsreorganisation.

Rom, 23. Januar.

Unser römischer Correspondent schreibt uns: Der vom Ministerpräsidenten Crispi gelien eingebrachte Entwurf eines Gesetzes betreffend die Neuordnung der Präfekturen und Unterprefektoren entspricht dem Ihnen darüber schon Berichteten. Der Gesetzentwurf lautet: Artikel 1. Das Königreich theilt sich in Distrikte, Provinzen, Kreise, Wahlkreise und Gemeinden. Der Distrikt kann aus einer oder mehreren Provinzen bestehen. Artikel 2. Die Distrikte werden nach dem Maßstabe der Bevölkerungszahl, die nicht geringer als 500,000 sein darf, ferner auf Grund der örtlichen Lage, der Interessengemeinschaft und der verhältnismäßigen Wichtigkeit formirt werden. Es wird deren nicht mehr als 50 geben. Artikel 3. In jedem Distrikt giebt es einen Präfekten, einen Präfekturrath und eine Verwaltungsammlung. Artikel 4. Die Kreise werden nach Maßgabe der höchstens 100,000 betragenden Bevölkerungszahl an Zahl verringert werden, wobei auf örtliche Lage und Verkehrsweg Rücksicht genommen werden soll. Im Hauptorte jedes Kreises wird sich ein Unterpräfekt f. finden. Artikel 5. Die Bildung der Distrikte, die Verringerung der Kreise und die Feststellung der Hauptorte der letzteren wird durch königliche Verordnung nach vorhergegangener Anhörung einer aus drei von der Kammer ausgewählten Parlamentsdeputirten, drei vom Senate ernannten Senatoren und drei Regierungskommissionären zusammengesetzten Kommission erfolgen. Ebenso wird durch königliche Verordnung nach Anhörung derselben Kommission jeder Provinz des Distrikts die Zahl der Mitglieder angewiesen werden, welche der Provinzialrath in die Verwaltungsversammlung abzuwählen hat. Artikel 6. In den Provinzialhauptorten, die nicht Sitz einer Präfektur sind, kann die Regierung durch königliches Dekret einen Regierungsoffizier (Präfekturrath) mit bestimmt ungrenzten Verwaltungsgeheften betrauen. Durch königliches Dekret werden die jetzigen Räte der Bezirke zugetheilt. Artikel 7. Die überflüssigen Beamten werden im Dienste belassen und Pensionstellungen nicht eher erfolgen, als nicht alle Beamten in fester Stellungen sich befinden. Artikel 8. Die Regierung ist betragt, durch königliches Dekret die Zahl der Provinzialräthe und Wahlinspektionen herabzusetzen. Artikel 9. Gegenwärtiges Gesetz tritt 6 Monate nach seiner Veröffentlichung in Kraft. Vorbereitung soll die in diesem Gesetz ausgesprochene umfassende Verwaltungsreform durch Provinzialkommissionen werden, welche alle ins Spiel kommenden Fragen zu prüfen und danach ihre Vorschläge für die Umformung der betreffenden Provinz zu machen hat. Die Kommissionen werden aus dem Präfekten, zwei Provinzialräthen, dem Finanzintendanten (Provinsalkassenrath), einem Offizier des Generalstabs der Arme, dem Provinzialhauptort, dem Präsidenten des obersten Provinzialgerichts und einem Präfekturbeamten zusammengesetzt sein. Bei Formulirung ihrer Vorschläge, welche dann durch die Präfekten an den Minister des Innern gehen, haben die Kommissionen besondere Rücksicht auf die administrativen, wirtschaftlichen, politischen örtlichen Verhältnisse zu nehmen, ferner auch auf die in den kommunal- und Provinzialverordnungen ausgesprochenen Wünsche und berechtigten Bestrebungen derselben. Die Vorschläge aller dieser Provinzialkommissionen werden sodann von einer vom Minister des Innern präsidenten Zentralkommission geprüft und in Erwägung gezogen werden, und auf Grund dieser Prüfung wird sodann die Regierung nach Anhörung des Staatsraths die Reform der Provinzial-, Kreis- und Gemeindeordnung vermittelft königlichen Dekrets durchzuführen. Der Zentralkommission sollen außer dem vorliegenden Minister ein Senator, zwei Abgeordnete, ein Staatsrath, ein höherer Generalstabsoffizier, ein Mitglied des Oberbauamts, ein Generalinspektor des Finanzministeriums, der Abtheilungschef für die Provinzial- und Gemeindeverwaltung im Ministerium des Innern und ein vom Minister ausgewählter Sekretär angehören.

Brenschweig Landtag. Abgeordnetenshaus.

Berlin, 24. Januar.

Reichskanzler Crispien. Die Regierung beabsichtigt, das mit früheren gescheiterten Gesetzentwürfen die Ursache und Unzuliebeheit innerhalb der katholischen Kirche zu beseitigen. Die Regierung bedauert das Scheitern des Gesetzes, weil dadurch ihre gute Absicht vereitelt wurde. Die im November tagende Versammlung der Bischöfe machte zwei Eingaben, aber das

Volksausgeseh und die Sperrgeber. Die erste Eingabe konnte nicht berücksichtigt werden, aber die zweite. Die Bischöfe verlangten die Auszahlung des Kapitals und erklärten sich bereit, die Interessen zu entbinden, soweit es möglich, der Welt fort zu Disziplinierungen verwendet werden. Die Staatsregierung glaubt, daß diese Vorschläge zur Verhütung der Katholiken gereichen werden, und freut sich, daß ihr das Odium der Entschädigung der von dem Sperrgelei Betroffenen von den Bischöfen abgenommen werde. Die Neuordnung der evangelischen Kirche über die Dotation der kirchlichen in Grundbesitz; dem bei dem vorgeschlagenen Abzug würde kein großer Rest übrig bleiben. Die Regierung kann die Stölgelbente nach nicht regeln, weil die staatlichen Erbebürgen zu langwierig sind. Es wartet den Schluß der Verhalingeralinone ab. Namens der Staatsregierung verwehre ich mich gegen die Unterzeichnung, die in der Presse laut geworden ist, daß das vorliegende Gesetz das Objekt eines Handelsgeheftes sei. So lange ich an der Spitze der Staatsverwaltung stehe, wird immer nur das Interesse des Staates allein maßgebend sein. Seit dem Scheitern des letzten Gesetzes habe ich mit keinem Centrumsmann über die Sperrfrage gesprochen.

Abg. C. u. n. (nl.) konstatirt, daß Centrum und die National-liberalen seien diebehen geblieben; die Regierung aber stelle sich im Gegenstoß zum Vorjahre. Die National-liberalen bewerten das Gesetz, da die Regierung ohne Grund die Verfassung ausgerechnet hat.

Kultusminister v. Götler hält es für erklärlich, daß das neue überausgehende Gesetz Beunruhigung hervorruft und nach alter deutscher Gewohnheit Angriffe auf die Staatsregierung gefolge. (Höl bei den National-liberalen.) Die Regierung stelle auf demselben Standpunkte wie im Vorjahre. (Schlichter auf allen Seiten des Hauses.) Von einer Dotation an die tagtägliche Kirche sei keine Rede. Die jetzige Vorlage entspräche seiner stets gebahnten ehrlichen Meinung, wenn man es auch anzuweisen sollte. Gäbe die Regierung es übernommen, die Anträge der durch die Sperrfonds Betroffenen zu entbinden, wäre dies nur zu dauernden Konflikten, die zu neuem Kulturkampf nöthigt. Den Bischöfen müßte man Dank sagen, daß sie diese Last auf sich nehmen. Die National-liberalen wollten doch aus der Vergangenheit gelernt haben, daß es ein gefährliches legislatives Unternehmen sei, den katholischen Geheften gefällig etwas aufzuwingen, was sie nicht freiwillig annehmen würden. Es persönlich würde keine Gehefte nach sich führen; man solle ihm sagen, man könne nicht mit ihm überein, aber man verhehe den Mann! Seine Absicht sei, Alles anzuführen was politisch richtig ist, wenn es auch unbecquem ist. Die nächste Session werde die Stölgelbenten regeln; von da an werde daher eine neue Epoche der evangelischen Kirche dauern, die aus einem verklärteren Verhältnisse auf seine Aufgabe zurückzuführen würde. (Schweigen allerseits.)

Abg. Reichensperger (Centrum) spricht seine Freude über das Gesetz aus und darüber, daß die Regierung sich nicht scheue, zum Recht zurückzukehren.

Abg. v. C. u. n. (nl.): Ich habe nicht vor, eine lange Rede zu halten, ich könnte ebenso gut schweigen, denn bei dieser Vorlage ist Schweigen auch eine Antwort. (Lachen bei dem Centrum.) Ich möchte wissen, auf die vorjährige Vorlage einzunehmen ins Interesse des kirchlichen Reichens. Die Frage stellte sich aber so — das sage ich gegenüber allen den wissenschaftlichen Ausführungen des Kultusministers — das Centrum verlangte das Kapital und führte aus, daß die damalige Vorlage eine Vermögenskonfiskation, ein Diebstahl sei. Der Herr Kultusminister meinte, das war keine Sache, die Regierung sei ins an die Grenzen der Möglichkeit gegangen. Der Minister sagte, man werde ihn nach Wochen verhehen. Ich kämpfe nicht gegen die Verlor des Kultusministers, ich achte ihn wegen seiner Tüchtigkeit auf vielen anderen Gebieten, und ich verhebe, daß sein Kampf heute fast letzte ist.

Als die erste Vorlage scheiterte, schrieb der Staatsminister, daß der vorgeschlagene Weg der einzig gangbare sei, denn die Regierung habe auch auf die Wünsche der nicht katholischen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Nach acht Monaten ist nun nicht mehr erforderlich, auf diese Gehefte Rücksicht zu nehmen. (Lachen im Centrum.) Richtig, sagen die Worte des Reichensperger, die Rechte der Katholiken bleibt es nicht; treghem wird das Geld bezahlt. Der Staat zahlt nach verlorener Schmach die kirchlichen Entschädigungen.

Von der Kommission halte ich nichts. Was mir der Minister begehren kann, wenn ein Bischof ihm mittheilt, daß er in Ausführung dieses Gesetzes einen Wahlfonds gebildet habe (Heiterkeit) zur Herbeiführung guter Wahlen, um für kirchliche Zwecke zu wirken? (Sehr gut! bei den Nat-Lib.)

Neule lese ich auf den Geschehen der Staatsminister wieder tröbliche Heiterkeit, die Heiterkeit des Sieges. (Sehr richtig! rechts und bei den National-liberalen.) Wird das Gesetz angenommen, dann ist unser Kampf für die geistliche Freiheit vergeblich gewesen. Dann wird die katholische Kirche ein Staat im Staate. Wir sind mit unserer Politik unentworf. Der preussische Staat unterwirft sich den Grundlügen der Kirche. Die Verheblung in der einen Frage wird aber keineswegs auch die Verheblung in den anderen Fragen mit sich führen. Das hat die Herr Reichensperger selbst angegeben. Wer weiß, ob nicht der Abgeordnete Windhorst nächstens mit der Forderung kommen wird, er wolle nun auch noch die Zinsen des Sperrfonds haben.

Die freikonfessionelle und nationalliberale Partei haben beabsichtigt, die Vorlage abzulehnen. Die Vorlage wird von uns und von den meisten Kreisen des Volkes, die hinter uns und hinter den freikonfessionellen stehen, als eine unmögliche anzusehen. Es ist wohl möglich, daß einzelne Herren der konservativen Partei, um den Frieden zu halten, der Vorlage zustimmen, die Mitglieder dieser Partei werden aber anders denken. Das Gesetz wird also leblich von dem Centrum angenommen werden. (Rufe: Die Freikämmerer!) Wie die Freikämmerer darüber denken, das fällt doch wenig ins Gewicht! (Heiterkeit.)

Der Ministerpräsident hat erklärt, daß eine Regelung der Frage der Stölgelbenten bevorsteht. Wir sind damit einverstanden, daß die Regelung der Stölgelbente ganz unabhängig von jeder Frage erfolgt. Dem hat auch der Evangelische Bund zugestimmt, in dessen letzter Sitzung erklärt wurde: Unsere Kraft liegt nicht in Geld und Gut, sondern in der Kraft

des Gläubers. Mit diesen Worten schloß ich (Besitz bei der Nationalliteratur).
Hr. Winkler (Centr.): Es gebe weder Sieger noch Besiegte gegenüber diesen Götzen, sondern nur ernste Männer, die zu einer Zeit, wo es gilt, befruchtete Tünder zu befruchten, alle Streitigkeiten beilegen wollen. Auch wird uns durch das Gesetz leichter gemacht, die Regierung auf anderen Punkten zu unterstützen. (Hr. Winkler.) Trophäen werde das Centrum nicht aufgeben, was die vitalen Interessen der Kirche betrifft. Durch die Zahlung einer Geldsumme könne nicht alle Schulden getilgt. Die Vorlage habe eine eminent politische Bedeutung. Sie beweiße, daß der jetzige Minister weitläufiger sei, als sein Vorgänger. Es sei nicht die Aufgabe eines Ministers, einseitig auf einem früheren Standpunkte stehen zu bleiben. Goble rechne Dank für das tüchtige Verhalten der gegebenen Bewilligung. Der Antrag der Kirche auf die Erhaltung der Kirche habe man im Vorjahr anerkannt. Von einer Erhöhung der Karholiten sei keine Rede. Es handele sich nur um Mobilitäten der Ausgleichung. Der Billigst entwerde es eigentlich auch, wenn das Centrum die Zinsen beanbrüchte; das Centrum verzichte aber darauf. Die Annahme dieses Gesetzes sei aber eine Grundbedingung für diesen Beschluß. Eine Kommissionsberatung habe er nicht umgibt; er werde sich aber nicht begeben. In der Schulfrage bleibe er fest; die sei für Geld nicht käuflich.

Hr. Fiedlich (reit): Er wolle die Vorlage objektiv und sachlich behandeln. Seine ist der schließlichen Entscheidung nicht anstehen. Die Vorlage werde den Zweck der Verringerung aller staatsrechtlichen Parteien nicht erreichen, im Gegensatz des Centrum in der Begehrtheit und im Glauben beharren, daß es durch Mäßigkeit noch mehr erreichen könne. Das Gesetz werde femer die propagandistische Tätigkeit der Kirche fördern. Er behaupte, von der neuen sozialistischen Partei und die Sympathien des Landes zu verlieren. (Beifall Bravo rechts.) Wenn das Ministerium das Verprechen der Regiertheit der Schulangelegenheiten als Vorbedingung annehme, so sei dies demütigend für die Regiertheit. Das Verhalten der Regierung sei, daß eine solche Maßnahme befohle werde. Ohne Kontrahierung dürften diese Gelder nicht zurückgezahlt werden; wenn die Kommissionsberatung diese einführte, wäre das Gesetz annehmbar. Das Vorhaben des Centrums behördere nur die innere Ordnung. Die im nächsten Schritte zum großen Gewinn sei. Hr. Fiedlich (reit) erklärt sich über die Ausführenden Sitzes an.

Hr. Nixter (reit) laugnet, daß die Vorlage im ebeangenen Sinne Empörung erregen werde und erklärt sich für dieselbe.
Das Gesetz wird darauf an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen, nachdem ein Beratungsausschuß gegen die Zustimmung der Konservativen abgelehnt worden vor.
22) Ironie des Schicksals.
Roman von Fedor von Sobottka.
[Nachdruck verboten]

„Ja, ja,“ rief Erika, „das ist das Uebel an der kleinen. Das Schicksal hat sie frühzeitig zwischen die Scheeren genommen und an ihr herumgehackt und damit vollendet, was eine verkehrte Erziehung begonnen hatte. Vielleicht meiner eigenen Ansicht nach. Man hat die kleine zu viel lernen lassen. Sie hat sich von ihren Kinderzogen an das Geben vollpropheten müssen, und damit ist die Erziehung des Herzens vernachlässigt worden.“

„Ja, hater von Dir zum ersten Mal, daß man auch nicht lernen kann. Du als Philosoph, und als recht einflussreicher dazu, hast doch sonst jede Gelegenheit — auch im Bettungsstiege — wahrgenommen, dich gegen die Frage der Heberwürdigung durch die Schule auszusprechen!“

„Weil ich dieser Frage im ganzen Großen die Berechtigung abspreche. In den Mädchenschulen geht man so gar ziemlich vernünftig zu Werke, nur der sogenannte „letzte Schliff“ pflegt gewöhnlich wieder Alles zu verderben. Daß unsere jungen Mädel zur Vollständigung ihrer Sprachkenntnis nach Abschlußung der Schule noch in irgend eine Schwestern Pension, die der französischen und italienischen Grenze nahe liegt, geschickt werden — dagegen habe ich schließlich gar nichts. Daß man aber partout aus einem unmanifachen Frauenzimmerschen eine Pianistin und Sängerin machen, daß man diesen armen Wesen den Kopf voll philosophischer Probleme füllen will, ihnen alle möglichen und unmöglichen schönen Künste lehren und sie mittels einer eigenen ästhetischen Methode zu Pianistin und Sängerin zu tüchtigen Hausfrauen heranzubilden — das finde ich geradezu absurd!“

„Ich negle meinen Kopf sehr tief über den gerade vor mir stehenden Keller, denn ich wußte, daß Erika im Bezug auf das angelegte Thema nicht gern eine energische Opposition entgegenkam, konnte eine kleine Bemerkung aber doch nicht unterdrücken. Vorhitzshalter schied ich ihr jedoch ein gutmütig humoristisches Lächeln voraus.“

„Du magst im Recht sein,“ entgegnete ich und bemalte mich, das Lächeln auf meinen Lippen festzuhalten, „Du vergißt nur Eins: daß nicht alle jungen Mädchen dem Glück, Hausfrau zu werden, entgegenstehen.“

„Dann haben sie eben ihren Beruf verfehlt,“ gab Erika kopfschüttelnd zurück.

„Erlaubt mal, das ist eine Aporie, die Dir nicht aus dem Herzen kragt, mein guter Erika! Zum Hausfrau werden“ gehören gemeinlich Juch, und wenn mir auch durchaus die Begebung fehlt, mich zum Anwalt aller alten Jungfern und solcher, die es werden wollen, aufzuwerfen, so muß ich doch gestehen —

„Ich weiß schon, was Du gestehen willst, mein Zunge — meine Aneuerung war auch wirklich nicht so böse gemeint. Solltest Du noch irgendwo eine unverheiratete ältere Cousine auf Lager haben? ... Nun also im Ernst: Zur Hausfrau herangezogen sollten in erster Linie alle jungen Mädchen werden — ob sie sich früher oder später oder gar nicht verheiraten, spricht dabei nicht mit. Jede Mutter hofft, daß ihre Tochter einmal glückliche Gattin werden wird, und jedes Mädchen hofft das auch. In der Ausbildung häuslicher Tugenden liegt demzufolge die vornehmste Erziehungsmethode für unsere weiblichen Nachwuchts. Ob sie dann noch als Lehrerinnen oder Gouvernanten-Etamen machen, ob sie Telegraphistin oder sonst was werden, ist gleichgültig; all diese Berufe sind keine Hexerei. Mit unmaßigem Eifer aber soll man die Mädchen verhüten, es kommt nichts dabei heraus. Du siehst es an Lenn. Der alte Bernut hat sie, zum dem sie die Van der Seletta verlassen, in eine zweite Schule genommen, in die höfischste. Er hat ihr von Platon, Seneca, Schopenhauer und Sartmann erzählt, ihre kritische Vorlesungen über den Gang der Weltgeschichte, die Religionen der Völker und die Nationalliteratur gehalten — unverständliches Zeug für ein Mädchengehirn, das durch diese Kostenüberladung naturgemäß arg in seinem Bearbeitungsprozess gestört worden ist. Hätte der spirituelle alte Gelehrte seine Ansichten für sich behalten, dann würde sein hübsches Töchterchen heut noch sein ganze wahnsinnige Nivität und damit eine ungleich größere Lebenswürdigkeit besitzen. Allzuviel ist umgelnud — das ist ein gut deutsches, sehr beherzigenswerthes Sprichwort. Im Uebrigen hoffe ich, daß Lenn, ihr schlüßliches Wesen im steten Verkehr mit Deiner und meiner Frau nach und nach ablegen und dafür eine behedendere Weiblichkeit annehmen wird. ... Nun haben wir so viel über Erziehung, retulante und Verwandtes gesprochen, daß ich belange vergessen hätte, meiner Pflicht, die Fehrtre zu halten, nachzukommen. Und wie ich mit Schrecken sehe, schwenkt man bereits die erste Bratenstichel über die Tafel. ...“

„Denn ich schlag an sein Glas und erhebe ich. Sein Toast sollte dem Begründer der Zeitung, dem Hofrats Helme, gelten. Erika betonte in seiner kurzen, warmherzig gesprochenen Rede, wie sehr der Eigentümer und oberste Leiber des Morgenblatts es immer verstanden, selbst in schweren Zeiten an der vermittelnden und ver-

Es folgen Wohlwörterungen. Die Wahl des Abg. Ruffamer-Blouh (sonstvertrü) wird ohne Debatte für gültig erklärt. Montag kleinere Vorlagen.

Serrenhaus.
6. Sitzung vom 24. Januar 1891. 1 Uhr.
Der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 29. Dezember 1889 betreffend die Konsolidation preussischer Staatsanleihen wird nach dem Bericht des Grafen v. Schulenburg-Angern durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Zum ersten Vizepräsidenten an Stelle des verstorbenen Herrn v. Rodow wird Freiherr v. Mantenus-Erossen mit 65 von 96 abgeordneten Stimmen gewählt. Auf den Grafen Heitzen-Souvorzoff, 2. Vizepräsident, wird 7 Stimmen, während ein Fettel unbeschrieben vor. Freiherr v. Mantenus nimmt die Wahl dankend an.

Nach Erledigung einiger Bestimmungen wendet sich das Haus zu dem Gesekentwurf betreffend die außerordentlichen Armenentlastungen. (Verichterter Freiherr v. Landsberg.) Eine längere Erörterung knüpft sich an den § 31 des Gesetzes, der bestimmt, daß die Landarmenverbände verpflichtet sind, für Erziehung, Fürsorge und Pflege der hilfsbedürftigen Geisteskranken, Dioten, Taubstummen und Blinden, welche der Anstaltsverhältnisse bedürfen, in geeigneten Anstalten Fürsorge zu tragen. Verpflichtet zur Aufnahme ist derjenige Landarmenverband, welchem der vorläufige unterstützungspflichtige Diarmenverband angehört. Die allgemeinen Verwaltungsverhältnisse trägt der Landarmenverband, die sonstigen Kosten der Kreis, dem der vorläufig unterstützungspflichtige Diarmenverband angehört. Dieser Kreis hat einen Währungsfuß von 1/2 gegen den endgültigen unterstützungspflichtigen Diarmenverband, in welcher Höhe gegen den Kreis, dem der endgültige unterstützungspflichtige Diarmenverband angehört.

In der Besprechung beschließen sich v. Levetzow, Freiherr v. Wlamowitsh-Allen, Graf Heidenlof, der Staatssekreter Brunsbecker, Graf Zieten, Schwinz, v. Klitz, v. Pehow, v. Weichelt-Bredow, Minister Herzlich und Graf Schulenburg. Der Vorstoß wird schließlich in der von der Kommission vorgelegenen Fassung unter Ablehnung mehrerer dazu gestellter Anträge angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.
Nächste Sitzung Montag 12 Uhr; Belgianische, kleinere Vorlagen, Interpellation von Woyrich betr. Wasserkrise. Schluß 9/1 Uhr.

Deutscher Reichstag.

51. Sitzung vom 24. Januar, 1 Uhr.

Der Antrag betreffend den Anschluß der überreichen Gemeindefürsorge an das Zollsystem des deutschen Reiches wird in dritter Lesung beifällig angenommen.
Hierauf ist das Haus die zweite Beratung des Etats mit dem Reichsamt des Innern fort.

Beim Kapitel Reichsversicherungsamt wünscht Hr. v. Böttich (Mitgl.) daß bei der Unfallversicherung die technischen Kräfte, wie sie beim gemeinlichen Leben nöthig sind, vermehrt würden und daß sie ebenso gut besetzt würden, wie die juristischen.

Staatssekreter v. Böttich erwidert, daß die Techniker des Reichsversicherungsamts vollständig gleichgestellt sind mit den juristischen Beamten. Die Vermehrung der technischen Kräfte des Reichsversicherungsamts müsse man sehr umsichtigen Präsidenten des Versicherungsamts überlassen. Die Techniker im Dienste des Reichs seien besser gestellt als die in Preußen.

Hr. v. Böttich (Mitgl.) behauptet im Interesse der Industrie, daß die technischen Beamten nicht den erforderlichen Gehaltssteigerung erhalten, und bittet ebenfalls um

größere Berücksichtigung der technischen Beamten, namentlich bei Personalfragen. Nach der Besetzung solcher Beamten in Preußen dürfte sich das Reich nicht richten. Er zweifle nicht, daß die Beamten auch unter den jetzigen Bedingungen ihre Schulbildung thun; es liegt aber im Interesse des Reichs, die technischen Beamten, die zu langer Zeit erhaltenen, während sie sich häufig ihre Kenntnisse verlieren lassen, ausbilden an derbeimite höher dotierte anzustellen.

Staatssekreter v. Böttich: Der Staats- und Reichsrichter ist für eine Reihe von Beamten viel wertvoller, als der Privatbeamte; wenn man die Techniker auf gleiche Stufe stellt, wie die Beamten mit juristischer und administrativer Bildung, so hat man alles Mögliche gethan. Das Ausschließen von Technikern aus dem Reichsversicherungsamt ist in den meisten Fällen aus den gewöhnlichen Gründen, nicht aus Unzufriedenheit erfolgt. Wenn man auf die Besoldung des Abg. Goldschmidt eingehen wollte, so müßten auch in den anderen Reichsämtern die Gehälter allgemein höher gekürzt werden. Ein Techniker ist ein Mann; wie werden immer geeignete Kräfte finden.

Abg. Singer (Soz.) bittet um Auskunft, wie weit die Novelle zum Unfallversicherungsgeles gebrüchen ist, und beunruhigt eine Änderung der Bestimmung, daß, wenn in Folge wiederholter Unfälle der Tod eintritt, nur die Witwe, die dem ersten Unfall bezogen wurde, für die Hinterlassenen in Anspruch kommen. Es sei recht und billig, daß dabei der Verdienst angerechnet werde. Der jetzige Zustand werde in Arbeitertreuen als unzulässig empfunden.

Staatssekreter v. Böttich erwidert, daß sich die veränderten Bestimmungen der Unfallversicherung nicht auf die Novelle halb dem Bundesrat zugehen würde. Einen bestimmten Zeitpunkt, an dem die Vorlage dem Reichstage zugehen werde, könne er aber nicht bezeichnen. Er werde die Frage möglichst fördern.

Anschließend ist ein Antrag Dr. Mann eingeleitet, die veränderte Regelung des Abg. Goldschmidt, der eine Novelle, inwieweit und wodurch eine größere Berücksichtigung in der Besoldung der Versicherungsbeamten im Gebiete der Unfallversicherungsgeles sowohl bei Schiedsgerichten als dem Reichsversicherungsamt herbeigeführt werden könne.
Zur Begründung erbietet sich das Wort.

Abg. Dr. Mann (Mitgl.) auf der Forderung seiner verständlich, es werde er der Reichsrichter gefragt, ob er sich bei der Entscheidung des Vorstandes der Reichsversicherungsämter berechtigt trete eine Verzögerung ein. Es wäre besser, wenn man sich schon vorher auf gültigen Wege verständigen könne. Redner fordert Johann Vernehmung der Schiedsgerichte, dadurch würde das Reichsversicherungsamt entlastet werden. Ueberhaupt müßte das Reichsversicherungsamt eine Ausdehnung vermerkt werden. Auch die Vermehrung der Rekrutenzeit sei zu wünschen.

In Betreff der in Vorbereitung befindlichen Novelle schlägt Redner vor, daß die Vorlage eines neuen Gesetzes zu viel Zeit haben würden würde, vorläufig solche Veränderungen vorzunehmen, die ohne Abweichung von dem bisherigen Schema eintreten könnten; dahin gehören auch die vom Abg. Singer vorgeschlagenen Verbesserungen.

Staatssekreter v. Böttich spricht seine Freude darüber aus, daß aus einem sozialpolitischen Gesager ein Freund geworden ist, wieweil aus dem Gebiet der Praxis. Die bringen den Reichsversicherungsamt eine große Verbesserung hergenommen werden. Man müßte aber mit einem Verständnis um-

stehenden Landens des von ihm in's Leben gerufenen Organs festzuhalten und wie er nach mangelndem widrigen Schicksalen schließlich doch die glänzendsten Erfolge erzielt habe. Um als Christlicher seinem Toaste auch einen kleinen politischen Beigehmaß zu geben, ließ Dr. Mann es an gelegentlichen Seitenhieben auf die feine Richtung und der des Wettes feindlichen Parteien nicht fehlen; wie es ihm aber gewöhnlich erging, wenn er in Feuer geriet, so schwankte er auch jetzt vor seinem unpolitischen Thema ab; zuwiderlagte sich immer mehr in politischen Diskussionen und erging sich schließlich in eine kurze Charakteristik der sozialen Theorien Bismarcks. In seiner Redefahrt begann man bereits ungeduldig zu werden; Rihs Helme schüttelte erkannt den grauweißen Bart, und ihm die schmurrbärtigen Mund Brandens' zuckte es in veraltener Lustigkeit. Die Situation wurde, da Erika's Rede sich auch über die Gehör auszuzeichnen begann, ungemüthlich, so daß ich es für das Beste hielt, ihm heimlich zuzustimmen:
„Schluß, Erika! Daß Helme leben und damit sela!“

Die kurze Apokrophe verfehle ihre Wirkung nicht. Dr. Mann brach unvermittelt ab und brachte sein Hod auf den Gafz aus, das rauschendes Echo fand. Die ganze Gesellschaft erhob sich, und die Gläser flangen aneinander.
„Du bist ein wehrwürdiger Mensch, Erika,“ sagte ich, als ich genügend mit Bone begossen, wieder auf meinen Platz zurückgelehrt war; „Deine Rede war sehr interessant, sie erweckte aber den Ansehen, als ob sie nicht auf Deinen allerhöchsten Gafz, sondern auf Bismarck gemünzt worden sei.“

„Ist das aufgefallen?“ gab Dr. Mann verlegen zurück. „Meine unetliche Zerkrentheit hätte mir bei einem Haar wieder einen netten Posten geöffnet. Ich hatte den Toast auf Helme und die bereits erwähnte Rede, die ich morgen in meinem Bezirkeverein halten soll, durchgängig gemüthlich — daher die Confusion! Dein Zwischenruf rettete mich — ich danke Dir noch nachträglich dafür.“

„Bitte recht sehr,“ lachte ich, „es war gern geschehen. Du wirst ewig unverweslich bleiben. Geredeter Himmel — nun läßt Helme zu allem Unglück auch noch Self auf-fahren! Der Ehrentag ist dem alten Herrn zu Kopie gegeben. Die Session kam auf diese Weise noch recht lange wägen, und ich Bedauernder hätte mich heute mehr denn je auf den Beitzhsfel gefreut!“

(Fortsetzung folgt.)

einer Organisation vor die betreffenden Kreise treten, die besser sei, als die jetzige.

(Schluß in der Beilage.)

Deutsches Reich.

3. Kam Hofe. Aus Berlin wird uns geschrieben: Von den von S. M. dem Kaiser als Paten zur Tafel des jüngst geborenen Prinzen eingeladenen Fürstlichkeiten werden der Herzog und die Herzogin von Connaught auch nicht persönlich erscheinen.

k. Eintritt des Generalsuperintendenten Jensen. Kiel, 25. Jan. Der Kaiser hat unter dem 24. Dezember dem kgl. Generalsuperintendenten für Holstein, Dr. Andreas Detlev Jensen zu Kiel, den erbetenen Vorschlag zum 1. Februar d. J. mit Pension erteilt.

Graber Unzug. In den Berliner Neuesten Nachrichten finden wir folgende Meldung, wie wir unter Vorbehalt hier wiedergeben:

Gegen einen Beamten des Zivilbüros des Kaisers soll eine Disziplinar-Untersuchung eingeleitet sein. Derselbe dürfte mit einem Strafverfahren in Verbindung stehen, welches gegen einen hiesigen Schriftsteller, Herrn M. Harber, gerichtet ist und das sich auf die Kritiken des „großen Unzugs“ stützt.

Sozialdemokratisches. Der sozialdemokratische Antrag auf Verstaatlichung des Apothekenwesens lautet: „Die verbundenen Regierungen zu eruchen, alsobald dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Uebernahme der Verwaltung und des Eigentums des Apothekenwesens durch das Reich herbeigeführt wird.“

Die Arbeitslosen in Hamburg. Eine von 4000 Personen behagte Volksversammlung der Arbeitslosen Hamburgs beschloß eine Resolution, worin die Behörden aufgefordert werden, sofort Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die große Zahl der Beschäftigungslosen anzutreten.

Die Teilung Schleswig-Holsteins. Man spricht uns aus Kiel, 23. Jan. Im vorigen Jahre wurde bekanntlich der Antrag, den Sitz der Regierung für Holstein nach Kiel zu verlegen, vom Provinziallandtag nicht genehmigt, so daß die Regierung nach wie vor in Schleswig verbleibt.

Ausland.

ou. Ausnahmetarife der ungarischen Staatsbahnen. Wien, 25. Jan. Die Ausnahmetarife der ungarischen Staatsbahnen, welche eine schwere Schädigung der österreichischen Gekammproduktion und die gleichzeitige Verzögerung der ungarischen Industralien, haben dem Vorstand des „Industriellen Klubs“ und „Montanvereins“ Veranlassung gegeben, in dieser Frage Stellung zu nehmen.

wird eine diesbezügliche Interpellation im Abgeordnetenhaus einbringen.

o. Kardinal Simor f. Unser Wiener Korrespondent schreibt: Das Haupt des ungarischen Episkopats, der Fürstprimas und Erzbischof von Gran, Kardinal Simor, ist heute nach kurzer Krankheit aus dem Leben geschieden. Der Tod des Fürstprimas erfolgt in einem Augenblicke, wo ein Teil des ungarischen Episkopats sich neuerdings zum Kampfe gegen die staatliche Gewalt rüstete.

— Kaiser und Papst. Den „Daily News“ wird aus Rom gemeldet: Der Papst richtete ein Schreiben an den deutschen Kaiser, in dem er seine höchste Verehrung über das Ende des Kulturkampfes in Deutschland ausdrückt und dem Kaiser in beredten Worten für seine thätige Mitwirkung in der Herbeiführung der Lösung der streitigen Fragen dankt.

Die lateinische Liturgie. Unser römischer Correspondent schreibt uns: Aus Jara ist eine von dem gesamten kroatischen Klerus Dolmetschen unterzeichnete Petition im Vatikan eingelaufen, in welcher der Papst gebeten wird, allen Slaven der Balkanhalbinsel die Erlaubnis zu gewähren, die Messe in slavischer Sprache zu zelebrieren.

h Diplomatisches aus Serbien. Wie man uns schreibt, begehrt sich der Sekretär der hiesigen russischen Gesandtschaft, Herr Sergiew, dieser Tage nach Petersburg, um eine andere Verwendung zu erhalten.

h Ans Serbien. Aus Belgrad wird uns geschrieben: Königin Natalie beginnt in jüngster Zeit aus ihrer gesellschaftlichen Zurückgezogenheit mehr hervorzutreten und sich besonders der Pflege der Wohlthätigkeit, wie sie schon früher gethan, zu widmen.

Bericht der Börse zu Halle a. S.

Halle a. S. den 27. Januar 1891.

Briefe mit Aufschlag der Wallergebäude per 1000 Mk netto. Weizen rubia 177 bis 184 Mark, feinsten meist. Landweizen und auswärtiger Aker Rott, Braunweizen 174 bis 179 Mark, geringere Sorten billiger. — Roggen fest 174 bis 181 Mark. — Gerste rubig, bei hartem Angebote 184 bis 189 Mark, Futter 145 bis 166 Mark. — Hafer 148 bis 153 Mark. — Mais Amerikaner Weizen 147 bis 151 Mark getrocknet, Donaumais 142 bis 145 Mark. — Raps ohne Angebot. — Hülsen — Bohnen besser 190 bis 208 Mark. — Bohnen 19 bis 21 Mark. — Schmalzger. sad. per 100 kg netto 87 bis 88 Mark. — Stärke incl. Pack vor 100 kg Inhalt per 100 Mk netto, Hall. Prima-Weizen 45 bis 46 Mark, abfallende Sorten billiger. — Weisstärke incl. Sad per 100 kg 30 bis 31 Mark.

Ufener 16 bis 28 Mark, Womern 19 bis 21 Mark, Aubnen ohne Gehalt. — Schweizer Mühlke, 90 bis 105 Mark, Weisklee 60 bis 120 Mark, Schweißleder Kle 80 bis 140 Mark, Cigarrete 24 bis 25 Mark. — Wolln blau 52 bis 53 Mark getrocknet.

— Butterartikel: Butterroh 15 bis 16,50 Mark. — Roggenkle 11,50 — 12 Mark. — Weizenklein 10—10,50 Mark. — Weizenklein helle 10,00—11,00 Mark, dunkle 8,00—9,00 Mark. Getreiden 11,00—11,50 Mark. — Weizen 28 bis 31 Mark. — Hülsen 58 Mark. — Petroleum 25,50 bis 26 Mark. — Solaröl 0,82 bis 0,84 Mark. — Zinköl per 1000 Liter-Procent 111. — Kartoffelspiritus mit 50 Mark. Verbrauchsabgabe 69,80 Mark, mit 70 Mark, Verbrauchsabgabe 50,00 Mark.

Vermischtes.

Antwerpen, 22. Januar. Das Gend unter dem ärmern Volksklassen wird immer größer und schrecklicher, so daß nur noch die öffentliche Wohlthätigkeit die arbeitstüchtigen Menschen vor dem Verhungern zu schützen vermag. Am dem Theater, an dessen Eingange man eine Stelle zum Brodvertheilen eingerichtet hat, drängen sich hunderte von Menschen, rüstige Männer und schwächliche Greise, Weiber, Mädchen und Kinder, und reihen sich um die dargebotene Nahrung. Es ist ein Bild, als ob eine wirkliche Hungersnoth in Antwerpen ausgebrochen wäre. Das Betteln nimmt riefend überhand, und Mäuden, die mit kläglicher Miene um ein Almosen bitten, kann man es anehen, daß sie sich zu diesem ungewohnten Gewerbe nur von der äußersten Noth getrieben entschlossen haben.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Fisch er.

Stadtsamt Halle a. S., Meldung vom 23. Januar.

Angebaten: Der Dreifachkatholik Otto Schürmer und Anna Zorjan, gr. Brauhausstraße 24. — Der Schuhmacher Ernst Rothe, Quersurt, und Friederike Wörte, Pflö. — Die Tischlermeister Hermann Franke, Steinweg 12, und Margarethe Kucius, gr. Hirschstraße 34. — Der Schneider Herr Adolph Böhmer, Die Bürger 1. E. — Margarethe Gille, Magdeburgerstraße 1. — Dem Maler Albert Welland 1 S. Otto Ernst, gr. Märkerstraße 13. — Dem Dienstmann David Junke 1 E. Marie Margarethe Kellergasse 8. — Dem Buchhändler Albert Schumann 1 S. Albert Schumann, Marktstraße 50. — Dem Buchbinderen Burkhard Schumann 1 E. — Die Marie Martha Barthstraße 3. — Dem Maurer Ernst Juch 1 S. Georg Albert Schmidt, Oberglauch 39. — Dem Handarb. Albert Saack 1 S. Karl Paul, Dieringstraße 10. — Dem Viehtreiber Gustav Kuch 1 E. Karoline Gille Margarethe, Giechstraße 3. — Dem Tischlermeister Josef Madia 1 E. Anna Emma, gr. Wallstraße 15. — Gestorben: Der Former Karl Otto 48 J., Weidenplan 6. — Die Witwe Antonie Jünich geb. Zibler 56 J., Webershof 4. — Des Wüthlers August Haring 8. August 8. W. gr. Steinstraße 44. — Des Fabrikarbeiters Karl Konrad Gebraun 44 Jahre, Post 45 J. — Des Eisenhauers. Des Handarbeiters Friedrich Albert Grafen Wilhelm geb. Ziemke 26 J., Markt.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge Bahnh. Halle.

Table with 2 columns: Abgang (Departure) and Ankunft (Arrival). Lists train numbers, destinations, and times for various routes like Magdeburg, Halle, and Berlin.

Aus dem Geschäftsbereich. Gummi-Waaren-Fabrik Paris, von S. Renée, Feinste Spezialitäten. Zollfr. Versandt durch W. H. Meleke, Frankfurt a.M. Special-Preisliste in verschloss. Couvert gegen Eins. v. 20 J in Briefen.

FÜR TAUBE.

Eine Person, welche durch ein einfaches Mittel von 23jähriger Taubheit und Ohrengeräuschen geheilt wurde, ist bereit, eine Beschreibung desselben in deutscher Sprache allen Ansuchern gratis zu übersenden. Adr. H. NICHOLSON, Wien, IX., Kolingasse 4.

Sing-Acad. Dienstag 6 Uhr Ueb. Volksschule. Sing-Acad. Ueb. Heilige Elisabeth. Anf. 7 Uhr. Ann. 6. Reubte, Schillerstr. 37. Vorm. 10—11 Uhr.



